

WKZ v. 25.05.12

„Wir brauchen Kohle-Kraftwerke“

Ministerpräsidentin Hannelore Kraft warnt vor einem schleichenden Abbau von Jobs durch die Energiewende. Deshalb macht sie das Thema zur Chefsache

Düsseldorf. Den Turbo-Wahlkampf in den Knochen, die Koalitionsverhandlungen im Blick, hatte NRW-Ministerpräsidentin **Hannelore Kraft** (SPD) einen wichtigen Termin bei der Kanzlerin. Thema: Die schleppende Energiewende. Im ersten Zeitungsinterview nach der gewonnenen Landtagswahl stellte Kraft sich den Fragen von **Theo Schumacher** und **Tobias Blasius**.

Sie kommen vom Energiegipfel im Kanzleramt. Wird jetzt alles gut?

Noch lange nicht. Es fehlt weiterhin ein Masterplan, der Zuständigkeiten, Verantwortlichkeiten und Zeitpläne für die Energiewende festlegt. Wir benötigen eine genaue Steuerung zwischen Bund, Ländern, Behörden, Industrie und anderen Partnern, um diese gewaltige Aufgabe zu meistern. Ein Scheitern der Energiewende wäre verheerend für den Wirtschaftsstandort.

Was ist die wichtigste Herausforderung für NRW?

Ich mache mir große Sorgen um die Wettbewerbsfähigkeit unserer energieintensiven Industrie. Aluminium, Stahl, Zement, Chemie – für viele Branchen ist der Strompreis ein zentraler Kostenfaktor im Vergleich mit europäischen und erst recht mit internationalen Konkurrenten. Deshalb ist es wichtig, dass energieintensive Betriebe bei den Strompreisen verlässlich planen können. Da ist kaum noch Spielraum.

Was fordern Sie?

Die Bundesregierung muss bei der EU-Kommission durchsetzen, dass Beihilfen für billigeren Industriestrom über die jetzt nur zugesagten zwei Jahre hinaus gewährt werden können. Sonst wird kaum ein Unternehmen in neue Anlagen oder Geschäftszweige investieren. Die Folge wäre ein schleichender Abbau von Arbeitsplätzen in NRW.

Bei den Kraftwerken lauern ebenfalls Risiken.

Allein in NRW sind neun moderne fossile Kraftwerke mit einer Gesamtinvestition von über sechs Mil-



Ministerpräsidentin Hannelore Kraft

FOTO: MATTHIAS GRABEN

liarden Euro in Bau oder Planung. Sie werden an sonnenreichen oder windigen Tagen, wenn vorrangig erneuerbare Energien ins Netz gespeist werden, ihren Strom aber nicht abgeben können. Es muss daher Anreize geben, moderne Kraftwerke zu bauen.

Welche Anreize?

Der Bund muss die Voraussetzungen schaffen für sogenannte „Kapazitätsmärkte“: Damit würde nicht nur die gelieferte Energie vergütet, sondern auch die Kapazität, Strom herzustellen, selbst wenn dieser zeitweilig nicht abgerufen wird. Das wäre quasi eine Prämie

für die Sicherheit, immer ausreichend Strom zu haben. Kapazitätsmärkte bieten den Unternehmen Planungssicherheit. Wer soll sonst Milliarden in neue Kraftwerke stecken?

Die SPD bekennt sich klar zur Kohle-Verstromung. Droht Streit mit den Grünen?

Ich kann mir nicht vorstellen, dass es Konflikte bei den Koalitionsgesprächen gibt. Klar ist doch: Eine Energiewende ohne Kohle, Gas und Atom wird nicht gelingen.

Verträgt sich der Ausbau fossiler Energieträger mit dem ehrgeizigen

Klimaschutzziel, in NRW 25 Prozent CO₂ bis 2020 einzusparen?

Es würde dem Klima gar nichts helfen, Strom aus polnischen Kohlekraftwerken zu beziehen, um die Grundlast abzusichern. Um zu konkretisieren, wie wir die ehrgeizigen Klimaschutzziele erreichen wollen, die ja auch der Bund hat, werden wir gemeinsam mit allen Beteiligten ein Klimaschutzgesetz und einen entsprechenden Plan verabschieden. Dazu gehört auch die Senkung der CO₂-Emissionen beim Verkehr, Industrie oder die Energieeinsparung bei Gebäuden. Hilfreich wäre auch ein Klimaschutzgesetz auf Bundesebene. Das gibt es leider nicht.

Braunkohle ist in NRW größter Klimaschädling und wichtigster Stromlieferant für die Industrie. Wie lange brauchen wir sie noch?

Der Braunkohle-Abbau ist noch für die nächsten Jahrzehnte genehmigt. Wir werden weiter fossile Kraftwerke als Brückentechnologie benötigen. Ob sie gebaut werden, ist immer eine betriebswirtschaftliche Entscheidung.

Um für industrielle Großprojekte zu werben, hatten Sie eine Akzeptanz-Offensive angekündigt. Wann kommt sie endlich?

Sie ist in Arbeit und kommt, sobald die neue Landesregierung steht. Die SPD ist bei der Wahl auch deshalb gestärkt worden, weil sie sehr offensiv dafür steht, dass NRW Industriestandort bleibt. Ich begreife das als Auftrag.

Braucht NRW einen eigenen Energieminister, ein Gesicht für die Energiewende?

Energiepolitik ist bei uns Chefsache. Es gibt immer verteilte Kompetenzen und Zuständigkeiten in den Ressorts. Wichtig ist, dass alles an zentraler Stelle gebündelt wird.

Das heißt, das Ministerium für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr bleibt, wie es ist?

Über Ressorts wird immer erst am Ende von Koalitionsverhandlungen entschieden. An dieser guten Tradition halten wir fest.